

Rüdiger Kauroff
SPD Landtagsabgeordneter für Garbsen und die Wedemark

Wahlkreisbüro
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Tel: 0511-1674 348
buero@kauroff-spd.de
www.rüdiger-kauroff.de



Landtagspost Dezember 2022: Neues aus dem Parlament

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr 2022 neigt sich dem Ende entgegen und die Weihnachtstage stehen vor der Tür. Die letzten 365 Tage waren turbulent und herausfordernd. Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine, eine ausufernde Inflation, die anhaltende Energiekrise, eine Drohkulisse vor Taiwan, berechtigte Proteste im Iran und nicht zu vergessen ist die Pandemie auch noch nicht vorbei: Die Liste der globalen Krisen ist gravierend und stellt uns als Europäische Union vor viele Herausforderungen. Für mich persönlich ist dies ein ambivalentes Jahr: Einerseits beschäftigten mich im Landtag viele der Krisen täglich und auch persönlich nehmen diese Ereignisse einen mehr mit als mir lieb ist. Andererseits ist das Jahr 2022 natürlich auch durch den Zuspruch bei der Landtagswahl, die tollen Momente mit euch, den Genossinnen und Genossen der SPD, sowie der Verteidigung des Direktmandates für Garbsen und die Wedemark gekennzeichnet. Auch ich werde, wie so viele, die Tage zwischen den Jahren nutzen, um zu reflektieren, einzuordnen und ein wenig zur Ruhe zu kommen. Denn: Wie beschrieben sind die Herausforderungen, die Politik und Gesellschaft zu meistern haben, groß.

Der Niedersächsische Landtag hat in seiner Sondersitzung im November den Nachtragshaushalt sowie das dazugehörige Haushaltsbegleitgesetz beschlossen. Damit ist kaum zwei Monate nach der Landtagswahl der Weg frei für das rot-grüne Sofortprogramm zur Bewältigung der Energiekrise, mit dem Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie gemeinnützige Organisationen in Niedersachsen entlastet werden. Der Nachtragshaushalt hat ein Gesamtvolumen von 2,9 Milliarden Euro, von denen allein knapp eine Milliarde (970 Millionen Euro) für das Maßnahmenbündel gegen die Energiekrise eingeplant sind, um die Menschen bei den exorbitant hohen Energiepreisen mit einem Härtefallfonds zu unterstützen, um die Preisstabilität für die Verpflegung und Energie in Schulen und KiTas aufrechtzuerhalten, um für kleine und mittlere Unternehmen sowie der Veranstaltungs- und Kulturbranche und dem Sport passgenaue Hilfen zu gewährleisten, um den Pensionärinnen und Pensionären des Landes und der Kommunen die Energiepauschale in Höhe von 300 Euro auszuzahlen. Weitere Säulen des Nachtrags sind die Förderung der beschleunigten energetischen Transformation (707 Millionen Euro), der kommunale Finanzausgleich (529 Millionen Euro), Ansatzserhöhungen und Konjunkturbereinigungen (394 Millionen Euro) sowie die Unterbringung Geflüchteter (302 Millionen Euro). Insgesamt werden aus diesem Nachtragspaket rund 1,1 Milliarden Euro unmittelbar an die Kommunen fließen.

Mit der Verabschiedung nimmt der Landtag eine entscheidende Weichenstellung für unser Land und seine Menschen vor. Diese Krise verlangt eine kraftvolle Antwort eines starken Staates, der niemanden alleine lässt und die Strukturen unsere Gesellschaft schützt. Die geplanten Maßnahmen des 1-Milliarde-Euro-Sofortprogramms ergänzen die breiten Entlastungen des Bundes sinnvoll und helfen unserem Land, die aktuellen Herausforderungen zu meistern. Das erwarten die Menschen in Niedersachsen, und das setzen wir schnell und entschlossen um. Der beschlossene Nachtragshaushalt ist ein starkes Signal für die Menschen in Niedersachsen. Die rot-grüne Regierungskoalition greift gezielt denen unter die Arme, die derzeit am meisten unter den hohen Preisen leiden. Das Land hat durch die gestiegenen Preise in Folge der Inflation deutliche Mehreinnahmen. Dieses Geld geben wir den Bürgerinnen und Bürgern unbürokratisch zurück.

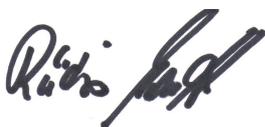
Der Staat darf nicht von der aktuellen Notlage profitieren. Anders als von der CDU vorgeschlagen, verzichten wir ausdrücklich auf die Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 620 Millionen Euro und beweisen damit Weitblick für die kommenden Jahre. Auch in Zukunft müssen wir für schwierige Zeiten vorsorgen.

Am 9. Oktober haben die Bürgerinnen und Bürger uns als SPD das Vertrauen ausgesprochen und uns den Auftrag gegeben, eine Regierung zu bilden. Gemeinsam in einer Koalition mit den Grünen möchten wir Niedersachsen durch die aktuellen Energie- und Klimakrisen führen: Mit einer entschlossenen Krisenbekämpfung, in der das Land an der Seite seiner Bürgerinnen und Bürger steht und einem starken Plan, mit dem wir Niedersachsen in den nächsten Jahren gestalten werden – zukunftsfest und sozial-ökologisch gerecht. Wir werden als Koalition mit Zuversicht durch diese nicht leichten Zeiten führen und das Land so aufstellen, dass es daraus gestärkt hervorgeht und für künftige Herausforderungen gewappnet ist. Die Umsetzung des Koalitionsvertrages steht 2023 im Fokus:

Wir wollen Niedersachsen mit einer Ausbauoffensive für Wind- und Solarenergie und auch dem Import von grünem Wasserstoff bis zum Jahr 2040 klimaneutral machen. Niedersachsen hat beste Chancen, davon auch wirtschaftlich zu profitieren: Wir verfügen über ausreichend windstarke Standorte, innovative Unternehmen und wir haben beste Voraussetzungen, die Drehscheibe des Imports und der Verteilung von grünem Wasserstoff zu werden. Wir, SPD und GRÜNE, werden die Regierungskoalition sein, die dafür die richtigen Rahmenbedingungen setzt, schnell Planungssicherheit schafft und unterstützt, wo Innovationen noch nicht marktfähig sind. Schon immer stand die SPD für den Grundsatz: Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deswegen haben wir z. B. die Kita- und Studiengebühren, das Schulgeld in Gesundheitsfachberufen abgeschafft und die Meisterprämie eingeführt. Darauf bauen wir weiter auf. Wir wollen Schulen technisch und personell noch besser ausstatten und deshalb schrittweise digitale Endgeräte wie Tablets durch das Land zur Verfügung stellen. Duale oder vollzeitschulische Berufsausbildung und Studium sind gleichwertig. Deshalb setzen wir uns gleichermaßen für gut ausgestattete berufsbildende Schulen, wie für gute Studienbedingungen an unseren Hochschulen ein. Damit wirken wir dem Fachkräftemangel aktiv entgegen. Sicherheit ist mehr als nur der Schutz vor Kriminalität und im öffentlichen Raum, wie ihn die Niedersächsische Polizei seit vielen Jahren schafft. Sicherheit ist vor allem auch soziale Sicherheit. Sie gibt den Bürgerinnen und Bürgern Vertrauen, dass der Staat auch in schwierigen Situationen an ihrer Seite steht. Das gilt beispielsweise für eine gute medizinische und pflegerische Versorgung im ganzen Land ebenso wie für eine gute soziale Infrastruktur. Der Wohnungsmarkt ist an vielen Orten in Niedersachsen seit Jahren angespannt. Das ist eine zentrale sozialpolitische Herausforderung. Wir wollen eine Landeswohnungsgesellschaft gründen, die selbst Wohnungen kaufen, bauen und vermieten kann. Damit schaffen wir zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum.

Auf die bevorstehenden Aufgaben freue ich mich sehr. Aber jetzt wünsche ich euch und euren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr. In 2023 freue ich mich auf viele persönliche Begegnungen und einen schönen politischen Austausch.

Frohe Weihnachten und bleibt gesund!



Euer Rüdiger Kauhoff

